Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 78 (1984)
Heft: 5

Artikel: Diskussion : den Zins abschaffen? ; Replik : etwas verwunderte Antwort
Autor: Brenner, Emanuel / Kappeler, Beat
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143127

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Den Zins abschaffen?

Beutet das Kapital die Arbeit aus, weil es seinem Eigentümer in der herrschenden Geldwirtschaft zu einem arbeitslosen Einkommen verhilft, oder beruht diese Ausbeutung auf dem herrschenden Gesellschaftsrecht, das den Kapitaleigentümer ermächtigt, sich die Arbeitnehmer zu unterwerfen, ihnen folglich auch den (durch sie erarbeiteten) Mehrwert zu entziehen? Diese Fragestellung widerspiegelt die gegensätzlichen Positionen von Freiwirtschaftern und (traditionellen) Sozialisten. In der nachstehenden Diskussion nimmt Emanuel Brenner die Bankeninitiative zum Anlass einer grundsätzlichen Kritik am heutigen Geldwesen — und an Gewerkschaftern bzw. Sozialisten, die es seiner Meinung nach zu wenig in Frage stellen. Wir haben darum einen prominenten Adressaten dieser Kritik, Beat Kappeler, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, um eine Antwort gebeten. Damit soll die Diskussion aber nicht schon abgeschlossen, sondern vielmehr erst eröffnet sein. Sozialismus heisst ja doch sicher beides: Überwindung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse und *Überwindung kapitalistischer Zinswirtschaft. Also müsste es auch möglich sein, aus den Positionen der Freiwirtschafter und der (traditionellen) Sozialisten nicht gegensätzliche, sondern komplementäre Strategien zu entwickeln.* W. Sp.

Bankeninitiative zäumt Ross am Schwanz auf

Im Zusammenhang mit den Publikationen zur Bankeninitiative ist mir ein Problemkreis wieder stärker ins Bewusstsein gekommen, bei welchem ich nie begriffen habe und heute noch viel weniger begreife, dass er von sogenannten Arbeiterführern, Gewerkschaftern, Sozialisten und auch christlichen Sozialisten überhaupt nie ins Gespräch gebracht wird.

Das ganze Geldwesen stimmt nicht mehr

Dieser Problemkreis betrifft die grundsätzlichen Fragen unseres Geldwesens, welches heute eher ein Geldunwesen ist. Wieso wird gerade in den obgenannten Kreisen offiziell überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, dass dieses kranke Geldwesen Ursache der meisten wirtschaftlichen Übel unserer Zeit ist? Wieso sagt man den Arbeitern nicht, dass heute nicht die Unternehmer (in den meisten Fällen), sondern die Kapitalbesitzer, die arbeitsloses Einkommen aus Zins und Zinseszins beziehen, die eigentlichen Ausbeuter sind? Sie sind es auch, die dadurch, dass sie ihr Kapital dem Geldkreislauf zuführen oder entziehen, Inflation und Deflation bewirken.

Entwicklungsländer krepieren an den Zinsen

Man merkt nicht einmal mehr, wie krank das alles ist; denn wir sagen immer noch: *die Währung* — dabei gibt es nichts Unstabileres als diese sogenannte Währung. Ein Meter muss überall ein Meter sein, ein Kilogramm desgleichen, aber dass ein Franken ein Franken sein sollte, das merkt heute kaum jemand mehr. Ja, dass aus dieser Unstabilität alle Devisenspekulanten profitieren und parallel dazu auch die Spekulanten mit den Warentermingeschäften — meist auf Kosten der Entwicklungsländer — mitmischen, das wird den Arbeitern eher nie als selten dargelegt. Dass die Entwicklungsländer an den Zinsen krepieren, die Zinsnehmer aber immer reicher werden, das sollte den Arbeitern ins Bewusstsein gebracht werden.

Ich höre schon die Einwände: Das war immer so, Zins kann nicht abgeschafft werden, das sind Utopien. Utopien können aber Wirklichkeit werden, wenn genügend Menschen auf diese Wirklichkeit hinarbeiten und sich diese Probleme bewusst machen. Es gibt heute schon einige Publikationen, welche aufzeigen, wie das Geldwesen gesund gemacht werden könnte. Natürlich weiss auch ich, dass das ein langer Weg sein wird, aber dass man auf diesem Weg bis heute kaum «Arbeiterführer» sieht, ist bedenklich.

Gerade wenn man sich mit diesen Fragen auseinandersetzt, beginnt man zu sehen, dass alle Übel, welche im Zusammenhang mit der Bankeninitiative den Banken angelastet wer-

den, nur entstanden sind, weil eben das ganze Geldwesen nicht mehr stimmt. Ich werde trotzdem für die Initiative stimmen, obschon sie für mich das Ross am Schwanz aufzäumt.

Neue Gedanken für «Neue Wege»

Als langjähriger Abonnent der «Neuen Wege» frage ich mich, ob das nicht eine Aufgabe gerade dieser Zeitschrift sein sollte: Ideen darzustellen, welche vielleicht nicht gerade «auf der Strasse liegen». Die Geschichte hat uns zur Genüge gelehrt, dass die meisten neuen Gedanken, welche dann weitergeführt haben, von sogenannten Aussenseitern gekommen sind.

Am Rande erwähnt sei doch auch noch, dass die Kirchen in der Zinsfrage im grossen und ganzen eine eher traurige Rolle gespielt haben und noch spielen. Ich glaube auch, dass die heutige Wirtschaftslage auf der ganzen Welt, vor allem durch die Verschuldung der Entwicklungsländer, so prekär ist, dass nichts, auch das Kleinste nicht unterlassen werden darf, das vielleicht in eine neue Richtung zeigt. Emanuel Brenner

Replik

Etwas verwunderte Antwort

Wenn Herr Brenner schreibt, man zeige den Arbeitern «eher nie als selten», wie die Geldwirtschaft Ungleichheiten schafft und davon profitiert, dann hat er in den letzten Jahren keine Gewerkschaftszeitungen gelesen. Allein dieses Jahr sind in den etwa 18 Nummern des Pressedienstes des Gewerkschaftsbundes mindestens in 12 Nummern Artikel über Zinsenkritik, Rohstoffspekulation, Bankenmacht und so weiter erschienen — und sie wurden fast alle von den Gewerkschaftszeitungen abgedruckt.

Das Geld ist der Schleier vor der Wirklichkeit

Allerdings, darin wird nicht präzis die Meinung der Freiwirtschafter über das Geld vertreten, und damit komme ich zum zweiten Punkt meiner verwunderten Antwort. Ich wundere mich nämlich immer noch, wie die freiwirtschaftlichen und sozialethischen Kritiker des Geld- und Zinswesens glauben, allein mit der Änderung in diesem Sektor liesse sich Gerechtigkeit herstellen. Das Geld ist der Schleier vor der Wirklichkeit, und man soll nicht am Schleier herumdoktern.

Die Wirklichkeit lautet, dass in unserem Wirtschaftssystem jener möglichst ungehindert handeln darf, der Produktionsmittel besitzt (Fabriken, Maschinen, Handelsgüter, Dienstleistungseinrichtungen), dass dieser die Preise und Bedingungen setzt, und dass er vor allem die Entschädigung jener festsetzt, die mangels eigener Besitztümer bei ihm arbeiten und ihm erst seine Gewinne ermöglichen helfen. Der von ihnen über das Lohnentgelt hinaus erarbeitete Wert, die Wertschöpfung, verbleibt ihm. Er tauscht diese Werte gegen andere.

Nicht das Geld nützt andere aus, sondern der Eigentümer von Produktionsmitteln

Und das Geld? Das Geld ist das allgemeine Tauschmittel, eine Abmachung, dass ein Franken zwei Güter in so und so grossen Teilchen abmisst, die sich indirekt dadurch vergleichen und tauschen lassen. Da dieser Massstab ein eigenes Stoffkleid erhielt, nämlich Noten, Münzen, Kontogutschriften, kann man in Form von Geld auch (vorübergehend) Werte speichern, aufbewahren, handeln. Geld ist Tauschmittel und Wertaufbewahrungsmittel. Aber wer als sein Besitzer etwas davon haben will, muss es zum Letztgenuss wieder umwandeln in Maschinen, Möbel oder Schokolade. Nicht das Geld schafft und beschlagnahmt Werte anderer Leute, sondern jener, der es in Maschinen- oder Dienstleistungsanlagen umwandelt und damit die Leute ausnützt, die damit arbeiten müssen.

Im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung lagern sich allerdings einige immer abstraktere Kreisläufe über den ursprünglichen Waren-Tausch: Geldverkehr, Geldkapitalausleihungen (womit andere dann Maschinen und Arbeitskräfte kaufen), Aktienkapital, Rohstoffkonten, und als neuester Kreislauf: Zinstermin-Börsengeschäfte. Da handelt man nicht mehr Waren, auch nicht Beteiligungskapital an Firmen, nicht Wechsel oder Guthaben, sondern man handelt und verkauft künftige Zinssätze und Zinserträge.

Und trotzdem: Was sich der Begünstigte solcher Spekulation dann letztlich an Vorteilen zuschanzt, ist materiell: Häuser, Fabriken, Geldguthaben auf Fabriken oder Staatsanlagen, Konsumwaren. Und das wurde von Leuten produziert, ohne dass es ihnen zugute

kam, ohne dass sie dabei mitzubestimmen hatten.

Das ganze Geld- und Zinssystem kompliziert diesen Grundsachverhalt, aber es schafft keinen neuen. Zins ist nur gerade die Leihgebühr, die ein aktiver Fabrikant einem passiven Besitzer von «Gutscheinen», Geld eben, auf anzuschaffenden Produktionsmitteln bezahlt, weil er offenbar eine Wertschöpfung aus den damit arbeitenden Beschäftigten erzielt, der über dem Zins liegt und ihm daher auch noch etwas lässt. Der Zinsnehmer ist aber damit ein Beteiligter am Fabrikertrag aus den Beschäftigten, gemäss einer Abmachung, dem Zinssatz, eben. Das ist alles.

Die Demokratisierung der Wirtschaft — auch ein Mittel gegen die Geldspekulation

Wer an der wirtschaftlichen Ungleichheit der Menschen etwas ändern will, muss ihnen im Produktionsprozess eine stärkere Stellung geben, Mitbestimmung am Arbeitsplatz verschaffen, noch besser: auf eine Gesellschaftsordnung zielen, wo das Produktionsmitteleigentum breit gestreut ist, in Genossenschaften beispielsweise. Mit dieser Änderung hört auch die Geldspekulation automatisch auf: Mit Genossenschafteranteilen kann man nicht spekulieren, weil die Abmachungen dahinter nicht dem eingangs beschriebenen kaptitalistischen Modell entsprechen. Diese Besitzanteile sind nicht immer übertragbar, sie gewähren immer nur eine Stimme pro Kopf, nicht pro Anteilschein, sie werden bloss verzinst und werfen keine unbegrenzten Dividenden ab, und das Unternehmen kann bei Liquidation nicht privat behändigt werden. Aber nicht der blosse Umtausch dieser Scheine des Geldbereichs (Aktien in Genossenschafterscheine) ändert die Beziehungen der Menschen, sondern doch die vorausgehende Übereinkunft, die Produktionsmittel in dieser Form zu besitzen und die damit erzielten Arbeitsverträge in dieser Form zu verteilen. Das ist die Realität hinter dem Geldschleier. Beat Kappeler

Aus befreundeten Vereinigungen

Aktion «Gemeinsame Militärsteuerverweigerung»

Die schweizerischen Militärausgaben kosten im gegenwärtigen Rüstungsprogramm 4,5 Milliarden Franken, und schon enthalten die Regierungsrichtlinien für die Zeit von 1984 bis 1987 ein weiteres Aufrüstungsprogramm in der Höhe von 9 Milliarden Franken.

Müssen wir Zahler von Bundessteuer (alias Wehrsteuer) und Militärpflichtersatz uns da nicht fragen, ob wir diese Steuern noch unbesehen weiter bezahlen dürfen? Unsere Zahlungen treiben doch die wahnwitzig sich aufspiralende, untergangsdrohende internationale Aufrüstung mit an. Diese Spirale erdrückt — wie eine sich ringelnde Schlange — durch die sich steigernde Militarisierung aller Gruppen der Gesellschaft eine gesunde und aufbauende Volkswirtschaft.

Verantwortungsbewusst für das Wohl unserer Nation haben Schweizerinnen und Schweizer sich durch ihre Gewissenserkenntnis gezwungen gefühlt, ihr Geld nicht mehr unbesonnen und freiwillig dem Bund zur Verfügung zu stellen. 20 Prozent ihres Steuerbetrages, gemäss dem Anteil der Bundesausgaben für die Armee, halten sie demonstrativ zurück. Sie überweisen den entsprechenden Betrag an eine schweizerische Organisation, die sich tatkräftig um Abrüstung und Frieden bemüht. Diese symbolische Handlung soll eine Aufforderung an den Bund, die Politiker und das ganze Volk sein, sich offiziell und öffentlich für den Aufbau eines gerechten und auf gesellschaftlicher Solidarität beruhenden Friedens einzusetzen, sowohl in bezug auf die Dritte Welt, als auch hier unter uns.

Wer Eingehenderes über diese Aktion erfahren möchte, sei auf die «Erklärung: Gemeinsame Militärsteuerverweigerung» hingewiesen, welche bei der Aktionsgruppe AGMSV, Köchlistrasse 3, 8004 Zürich, erhältlich ist. Willi Kobe

Corrigendum

Im Aprilheft 1984, S. 126, muss es heissen: «Unilateralismus» (nicht «Unliteralismus»).

vom Priesteramt in Kauf zu nehmen. Und Fernando Cardenal, der neue Erziehungsminister, beruft sich auf einen Heiligen der frühen Kirche, der geschrieben habe, «dass die Menschen, gottesfürchtig und gehorsam den Geboten des Herrn, sich selbst von einem sündigen Bischof» trennen müssten.

Wenn die katholische Amtskirche in Nicaragua und im Vatikan fortfährt, die sandinistische Revolution zu bekämpfen, dann bekämpft sie in Wahrheit die Option für die Armen und dann optiert sie faktisch für die Gewalt der Reichen. Dann aber nimmt sie unzähligen, vor allem jungen Menschen den Glauben an die Kirche, schlimmer noch: den Glauben an die christliche Botschaft. Dann leistet sie dem Atheismus Vorschub, den sie im Sandinismus und Marxismus zu bekämpfen vorgibt.

Diskussion

Den Zins abschaffen?

Einige Arbeitergedanken zum Problem

Werter Herr Spieler

Zuerst meinen allerherzlichsten Dank für die Aufnahme der Diskussion um die Freiwirtschaft (vgl. Maiheft 1984, S. 173ff.). Als Friedensbewegter, Dienstverweigerer und Christ interessiert mich dieses Thema schon länger. Kurz, ich erachte die Freiwirtschaft als einen wirklichen dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Vielleicht ist es jetzt auch denkbar, die Gedanken von Leonhard Ragaz und Silvio Gesell, dem Begründer der Freiwirtschaftstheorie, zu verbinden.

Der Kern der Sache ist der: Alle Güter altern, verfallen, verfaulen und entwerten sich. Wenn wir also für diese Dinge ein gerechtes Tauschmittel haben wollen, so muss sich auch dieses entwerten. Wenn das aber einmal Tatsache wäre, so würde es sich nicht mehr lohnen, Geld zu hamstern im Aberglauben, mehr zu haben als jene, die arbeiten. Darin liegt gerade der Trugschluss unseres Geldsystems: Es ist ungerecht an sich, weil die «Arbeit des Geldes» in Wirklichkeit gestohlene Arbeit anderer ist. Wahre Früchte der Arbeit sind nur das, was man erarbeiten kann. Darin ist selbstverständlich eine grosszügige Altersvorsorge inbegriffen. Weil es aber Leute gibt, die mehr haben, als sie je erarbeiten konnten, stimmt unser jetziges System nicht.

Selbst wenn man Genossenschaften gründet, wie Beat Kappeler vorschlägt, haut es nicht hin mit einem Geld, das im Verhältnis zur Ware wächst. Die Migros liefern den Beweis dafür!

Die Folgen dieses ungerechten Tauschmittels sind der Zins, die Spekulation und die Grundrente!

Wenn man bedenkt, wie oft heute z.B. Häuser bezahlt werden durch den Hpothekarzins, so wird einem das Teufelssystem klar. Eine weitere Folge liegt auch noch darin, dass immer alle Waren in Geld umgerechnet werden. Wenn das Tauschmittel echt wäre, käme niemand auf diese dumme Idee! Denn wer Äpfel gegen eine Ziege getauscht hat, stellt sich beim Milchtrinken auch nicht mehr die Äpfel vor.

Dass die Freiwirtschaft funktionieren würde, hatte die Gemeinde Wörgel im Tirol während den 30er Jahren bewiesen. Ihr Bürgermeister Unterguggenberger kehrte dem österreichischen Staatsgeld den Rücken und ersetzte es durch Gutscheine, die sich pro Monat um 1% entwerteten. Die Folge war ein lokaler Wirtschaftsaufschwung, der von vielen Staaten, auch den USA und Frankreich, bewundert wurde.

Reklamiert haben allerdings jene, die von Diebstahl und Betrug leben, die Banken. Die österreichische Staatsbank brachte es fertig, dass die Staatspolizei von Wien die gerechten Gutscheine als Falschgeld mit Gewalt einzog. Zuvor hatte sich löblicherweise die Tiroler Polizei geweigert, so etwas auszuführen.

Weiter imponiert mir immer China, weil es sich durch Abkoppelung vom internationalen Handel und Kreditwesen emporgearbeitet hat. Die Folgen waren: Unabhängigkeit, genug zu Essen für alle, Wohnen für alle, prak-

tisch keine Teuerung. Leider sind sie nun den Kredithaien erlegen und stürzen sich in neue Abhängigkeit.

Parallel zur Geldreform müsste allerdings auch ein neues Bodenrecht kommen. Boden ist Teil unserer Umwelt; wir stehen darauf. Er soll nicht gehandelt werden können und gehört allen, also den Gemeinden (wie im alten Israel und bei den Indianern).

Es kann auch überlegt werden, ob in einem derartigen System Kriege noch sinnvoll wären. Mir jedenfalls scheint es klar zu sein: Wenn es keine Reichen mehr geben kann, wird auch das Fussvolk klug genug sein, sich gegenseitig leben zu lassen. Wenn keiner mehr besitzt als er erarbeiten kann, besteht kein Grund mehr zum Neid! Weil aber auch keiner mehr als für zwei arbeiten kann, ist auch der Glaube an unbegrenztes Wachstum unterbunden. Die zehn Gebote bedürften keiner Vernehmlassung und Abstimmung mehr!

Gerade heute, wo man sieht, wie die Friedens- und Ökobewegungen wachsen, könnte die Freiwirtschaftslehre zum Boden für die Gewaltlosigkeit, das Christentum und die Gerechtigkeit werden. Andreas Eugster

Statt einer Replik

Lieber Herr Eugster

Im Vorspann zur Zinsdiskussion zwischen Emanuel Brenner und Beat Kappeler, auf die Sie Bezug nehmen, habe ich geschrieben, «Sozialismus» heisse «ja doch sicher beides: Überwindung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse und Überwindung kapitalistischer Zinswirtschaft. Also müsste es auch möglich sein, aus den Positionen der Freiwirtschafter und der (traditionellen) Sozialisten nicht gegensätzliche, sondern komplementäre Strategien zu entwickeln.» Weil ich an dieser Auffassung festhalte, brauche ich auf Ihren Brief nicht zu replizieren, sondern kann ich Ihnen vielmehr weitgehend zustimmen; zumal Sie ja selber die Hoffnung äussern, dass (religiöser) Sozialismus und Freiwirtschaft sich «verbinden» liessen.

Weil ich für diese Synthese eintrete, wehre ich mich allerdings auch gegen alle monokausalen Erklärungen sozialer Ungerechtigkeit. Ich würde daher eine Freiwirtschaftstheorie ablehnen, die im Zins die alleinige Ursache aller Übel in Wirtschaft oder gar Gesellschaft sähe. Die Abschaffung der Zinswirtschaft würde ja noch nichts an der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ändern. Bleibt diese privat, dann regiert das Kapital auch weiterhin, und das heisst: Es kann sowohl über Art und Einsatz der zu leistenden Arbeit bestimmen als auch den Mehrwert der geleisteten Arbeit sich aneignen. Zins und Kapitalprofit sind eben nicht identisch.

Auf der andern Seite müsste aber endlich auch der traditionelle Sozialismus anerkennen, dass selbst an der noch so vollständig demokratisierten Wirtschaft ein gewaltiger Rest von Ungerechtigkeit haften bliebe, wenn Banken und Unternehmungen – seien sie nun selbstverwaltet, genossenschaftlich organisiert oder verstaatlicht – sich via Zins um die Früchte der geleisteten Arbeit bringen würden. Diese wechselseitige Ausbeutung wäre ja nicht schon deshalb besser, weil sie nun von den arbeitenden Menschen statt von den Kapitalisten ausginge.

Oder nehmen wir den Ansatz eines «agrikulturellen Denkens», wie Al Imfeld ihn im letzten Heft entwickelt: Dass solches Denken sich mit der herkömmlichen Zinswirtschaft nie vereinbaren liesse, versteht sich doch eigentlich von selbst. Aber auch das Umgekehrte gilt: Die Abschaffung der Zinswirtschaft allein wäre noch keine Garantie für jene dezentrale Einheiten der ökonomischen Self-Reliance oder des ökologischen Recycling, die in der Intention der neuen alten Agrarkultur lägen.

Die Freiwirtschaftstheorie ist aber nicht nur für den Sozialismus eine Herausforderung, sondern auch für das Christentum. Keine noch so gekonnte Rabulistik kann zurücknehmen, was Papst Benedikt XIV. am 1. November 1745 in seiner Enzyklika «Vix pervenit» verkündet hat: «Die Sünde, die usura (Zinsnehmen, Wucher) heisst und im Darlehensvertrag ihren eigentlichen Sitz und Ursprung hat, beruht darin, dass jemand aus dem Darlehen selbst für sich mehr zurückverlangt, als der andere von ihm empfangen hat, und zu diesem Zweck aufgrund des Darlehens selbst irgendeinen Gewinn über die Stammsumme hinaus als geschuldet beansprucht. Denn der Darlehensvertrag verlangt seiner Natur nach lediglich die Rückgabe der Summe, die ausgeliehen wurde. Jeder Gewinn,

der die geliehene Summe übersteigt, ist deshalb unerlaubt und wucherisch.»

Die Verhältnisse, sie sind nicht so, dass wir heute ohne weiteres darauf verzichten könnten, unser Geld gegen Zins anzulegen – und sei es auch nur zur Erhaltung der Kaufkraft des Ersparten. Das entschuldigt zwar den Einzelnen, der Zins nimmt, nicht aber die Verhältnisse, die ihn dazu zwingen. Die Sünde, die Benedikt XIV. anprangerte, ist inzwischen eine strukturelle geworden.

Willy Spieler

Aus befreundeten Vereinigungen

Eine neue Verlagsgenossenschaft stellt sich vor: «Edition Exodus»

Der Genossenschaftsverlag «Edition Exodus» wurde im Dezember 1982 durch einige jüngere Theologen aus Luzern und Fribourg gegründet. Charakteristisch und zentral ist dabei die genossenschaftliche Organisationsform und ein dezidiertes Verlagsprogramm. Die Genossenschaft hat heute etwa 170 Mitglieder und ein Vermögen von ca. 67'000 Franken. (Auch die Vereinigung «Freunde der Neuen Wege» zählt dazu!) Ausgestellt werden Anteilscheine zu Fr. 100.– für Lehrlinge und Studenten bzw. zu Fr. 500.– und Fr. 1000.– für Erwerbstätige.

Das Ziel der Genossenschaft ist die Herstellung und der Vertrieb von theologischen und für die Theologie wichtigen Schriften und Büchern, die eine gesellschafts- und kirchenkritische Ausrichtung haben. Eine befreiungstheologische, christlich-sozialistische Option ist dabei für die Verlagsprogrammatik wegleitend.

Entscheidend für die Gründung der Genossenschaft war u.a. die Erfahrung, dass wegen der ignoranten Politik der meisten etablierten Verlage, aufgrund ihrer bürgerlichen Ideologie und ihrer profitorientierten Strategie nur eine verschwindend kleine Zahl von gesellschafts- und kirchenkritischen Autoren (besonders im deutschsprachigen Raum) verlegt werden. Gerade in der Dritten Welt gibt es in dieser Richtung viele Neuaufbrüche, die bei uns kaum oder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden. Die «Edition Exodus» will diese Dritt-Welt-Autoren fördern, aber auch Autoren, die bei uns, angeregt durch solche Strömungen, eigene Neuansätze versuchen.

Die Genossenschaft arbeitet nicht profitorientiert. Einziges Ziel ist die Produktion und der Vertrieb von Schriften und Büchern zu möglichst günstigen Bedingungen, um sie einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen. Aus diesem Grund wird das Genossenschaftsvermögen auch nicht verzinst und kein Gewinnanteil ausbezahlt. Die einzige Vergünstigung, die Genossenschafterinnen und Genossenschafter geniessen, ist eine 25prozentige Ermässigung auf allen Büchern, an denen «Edition Exodus» beteiligt ist.

Die Genossenschaft arbeitet auch mit anderen Verlagen zusammen, die gleiche Ziele verfolgen. Dies führte vor allem zu einer engen Zusammenarbeit (Koproduktionen, Vertrieb) mit dem Verlag «edition liberación» in der Bundesrepublik Deutschland, der von unseren CfS-Freunden in Münster geführt wird. Ebenso hat die «Edition Exodus» für den Alektor-Verlag in Stuttgart die Auslieferung in der Schweiz übernommen.

Um einen konkreten Eindruck über das Verlagsprogramm zu vermitteln, seien hier einige Projekte aufgezählt, die sich im Moment in Vorbereitung befinden:

– Franz Hinkelammert: Du sollst keinen Gott neben mir haben. Der ideologische Anspruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems.
– Otto Maduro: Religion – Opium oder Protest? Die Funktion der Religion in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Gegenwart.
– Tübinger Theologische Fachschaftsinitiativen (Hg.): Bibel und Befreiung. Mit Beiträgen von Georges Casalis, Kuno Füssel, Giorgio Girardet, Luise Schottroff, Ton Veerkamp, Rochus Zuurmond.
– Florian Flohr: Von der Theologie der Befreiung lernen. Einführung in die lateinamerikanische Befreiungstheologie. Mit Beiträgen von Georges Casalis und Giulio Girardi zu einer Theologie der Befreiung für Europa.
– Tomas Borge: Die Revolution bekämpft die Theologie des Todes. Reden eines sandinistischen Kommandanten.
– Enrique Dussel: Zwei Aufsatzsammlungen zum Thema «Herrschaft und Befreiung» und «Christentum und Marxismus».
– Stephan Wyss: Fluchen. Ohnmächtige und mächtige Sprache der Ohnmacht.
– Herausgabe des Nachlasses von Peter Braunschweig.

Die Bücher der Genossenschaft können über jede Buchhandlung bezogen werden. Es ist aber auch möglich, sie zu denselben Bedingungen wie durch den Buchhandel direkt beim Verlag zu beziehen.

Die Adresse lautet: Genossenschaftsverlag Edition Exodus, Postfach 265, 1701 Fribourg. Bei dieser Adresse können auch alle Bücher von «edition liberación» und vom Alektor-Verlag bezogen werden. Über drei bedeutende Publikationen des Verlags orientieren Besprechungen in den nachstehenden Hinweisen auf Bücher. Red.)

Ebenso mögen sich Interessentinnen und Interessenten für eine Mitgliedschaft bei «Edition Exodus» direkt an den Verlag in Fribourg wenden.

Paul Gmünder

Reagans UNO-Rede hat jedenfalls neue Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR in Sichtweite gebracht. Es sollen nun sogar alle Verhandlungsgegenstände – «Interkontinental- und Mittelstreckenraketen, konventionelle Streitkräfte und Weltraumwaffen» – unter einem Schirm diskutiert werden (sog. Umbrella Talks). Das hört sich besser an, als es gemeint sein kann. Warum sonst würden die US-Regierung und ihre ideologischen Ableger in Europa, insbesondere in Bonn, das bevorstehende Abrüstungsgespräch schon heute als ihren Erfolg feiern? Ist es etwa ein Beweis besonderer Dialogfähigkeit, wenn die westliche Seite prahlt, nur dank amerikanischer Hochrüstung sei es gelungen, die Russen wieder an den Verhandlungstisch zu zwingen? Will man ehrlich um eine Lösung ringen oder dem Gegner einfach seine Bedingungen diktieren?

Den Hardlinern in der Reagan-Administration ist es jedenfalls noch stets gelungen, echte Abrüstungsgespräche zu sabotieren. Ihren Abrüstungswillen hat die gegenwärtige US-Regierung noch nie unter Beweis gestellt. Das in Wien oder in Genf zelebrierte Gesprächsritual diente als Fassade, hinter der Reagan die militärische Überlegenheit der USA ausbauen wollte. Selbst die mögliche Kompromisslösung der «Waldspaziergang»-Formel (75 auf Westeuropa gerichtete SS-20 gegen 75 Startgeräte für Cruise Missiles, aber keine Pershing 2) ging in der Washingtoner Intrigenszene unter. Wer sich über diese Hintergründe genauer informieren will, liest mit Gewinn – und Wut – das Buch «Raketenschach» des «Time»-Journalisten Strobe Talbott (Piper Verlag, München 1984).

Dass die UdSSR an den Verhandlungstisch zurückkehrt, statt weiterhin den Abzug von Pershing 2 und Cruise Missiles in Europa zur Vorbedingung neuer Abrüstungsgespräche zu machen, mag in der Tat durch die Macht der Fakten bestimmt sein, auch durch den eigenen wirtschaftlichen und technologischen Rückstand gegenüber der USA. Dass der Entscheid der sowjetischen Führung vielleicht aber auch etwas mit moralischer Verantwortung für den Weltfrieden zu tun haben könnte, ist unseren westlichen Raketenpolitikern natürlich keine seriöse Überlegung wert. Hervorgehoben wird die wiedererlangte Position der Stärke, als ob sie ein moralisches, gar christliches Gütezeichen wäre. Es ist daher auch nicht anzunehmen, dass sie diese Position der Stärke jemals freiwillig aufgeben werde. Der Weltfriede aber ist zu wichtig, als dass wir seine Wahrung länger den Regierungen überlassen dürften. Das gilt für den Westen wie für den Osten. ■

Diskussion

Den Zins abschaffen?

Es freut mich, dass mein Denkanstoss doch noch ein Echo gefunden hat (vgl. Heft 10, S. 325ff.). Nach der Replik von Beat Kappeler (vgl. Heft 5, S. 174f.) habe ich das fast nicht mehr zu hoffen gewagt.

Umso mehr beeindruckte mich die kompetente Stellungnahme von Herrn Eugster. Dazu und auch zur Replik von Herrn Spieler möchte ich noch ein paar Ergänzungen anbringen. Mein Aufsatz wurde (mit meinem stillschweigenden Einverständnis) durch die Redaktion mit dem Titel «Den Zins abschaffen?» versehen. Der Titel ist eigentlich nicht ganz genau, aber durch das Fragezeichen wird er genauer. Gerade das Experiment von Wörgl, welches Herr Eugster anführt, zeigt es ganz genau: Wir können den Zins nicht abschaffen, aber durch eine zwingende Umlaufsicherung des Geldes, z.B. mit einem «Entwertungssatz» wie in Wörgl, wird der Zinssatz automatisch sinken. Vielleicht bleibt dann ein Restsatz von einem Prozent oder etwas mehr, der dann aber eher als Risikoprämie beurteilt werden müsste. Dann wird es auch nicht mehr interessant sein, das Geld zu horten, sondern jeder, der Geld hat, wird froh sein, wenn er es auch ohne Zins ausleihen kann. Gleichzeitig muss aber, wie Herr Eugster richtig feststellt, die Bodenfrage gelöst sein, denn sonst würde eine Flucht in Bodenwerte einsetzen.

Ich habe nie gesagt oder gemeint, wie mir das Beat Kappeler unterschiebt, dass allein damit die Gerechtigkeit verwirklicht werde. Natürlich müssen die Fragen der Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern auch ganz neu überdacht werden, das stand jedoch in meinem Aufsatz gar nicht zur Diskussion. Aber es ist schon so, wie Herr Eugster sagt: Viele Probleme liessen sich lösen. Es könnte sein, dass sogar das Verhältnis Arbeitgeber–Arbeitnehmer sich in einer Richtung verändern würde, an die wir heute noch gar nicht denken können. Sogar die Frage des Mehrwertes im Sinne von Karl Marx könnte einen ganz andern Stellenwert erhalten. Das ist ja heute schon anders als noch zur Zeit von Marx. Ich habe auch nicht gesagt, dass durch die Arbeiter kein Mehrwert erzeugt wird, aber der wird nicht durch die Unternehmen sondern durch die Geldgeber abgeschöpft. Wie sonst wäre das Phänomen zu erklären, dass in einer Zeit (jetzt zum Beispiel), wo viele kleine Handwerksbetriebe froh sein müssen, wenn sie noch ein paar lumpige Prozente Reingewinn erwirtschaften, unsere Banken Millionengewinne machen? Ja, der Arbeiter bezahlt in allen Produkten, die er kauft, noch einmal die Zinsen, die der Hersteller bezahlt hat, weil er diese Zinsen auf den Produktepreis schlägt.

Dass das Geldwesen nicht von einem Tag auf den andern umgekrempelt werden kann, ist auch mir klar. Dazu braucht es die Einsicht und Erkenntnis vieler Menschen. Es gibt aber Ansätze, dass auch heute schon etwas geschehen kann. Ich denke z.B. an die Bankeneinrichtungen, die in Deutschland aus anthroposophischen Kreisen herausgewachsen sind und die nun auch zur Gründung einer freien Gemeinschaftsbank in der Schweiz geführt haben. Die Arbeit dieser Banken zeigt, dass es viele Menschen gibt, die bereit sind, ihr Geld auch ohne Zinserwartung zur Verfügung zu stellen, wenn sie wissen, wofür ihr Geld gebraucht wird.

Nur aus solchen kleinen Zellen kann sich das Bewusstsein der Menschen ändern und die Zukunft vorbereiten. Vielleicht wird es eine Zukunft sein, von der wir heute überhaupt noch nicht wissen, wie sie gestaltet sein wird. Aber wir werden, ob wir wollen oder nicht, im Positiven oder Negativen, mitverantwortlich sein für diese Zukunft.

Emanuel Brenner

Duplik
Noch mehr Verwunderung...

Meine Skepsis gegenüber der Geldtheorie der Freiwirtschaft im letzten Diskussionsbeitrag richtete sich gegen den Anspruch ihrer Verfechter, im gleichen Aufräumen mit neuen Finanzierungssystemen auch gleich alle sozialen Probleme lösen zu können. Es könnte auch heissen: lösen zu müssen; denn die Bemerkung Herr Brenners bestätigt mich in dieser Annahme, dass gleichzeitig auch die «Bodenfrage gelöst sein» müsse. Solche Schwenker stören mich – denn wir alle wissen, dass gerade dieses Problem beispielsweise eines ist, das nur mit Gigantenkräften um Millimeter vorangebracht werden kann.

Nun sagt aber Herr Brenner, es gehe gar nicht um die Verwirklichung der Gerechtigkeit allein durch anderes Geld. Vielmehr möchte er das Horten von Geld verhindern, es in Umlauf bringen. Das ist eine altbekannte zweite Stossrichtung der Freigeldlehre. Aber wo leben denn die Verfechter heute, wenn sie unterstellen, das Geld zirkuliere nicht genügend? Das war vor 50 Jahren, und damals stand die Freigeldlehre dagegen auf, und damals formulierte Keynes in England seine erfolgreichere Lehre der Zirkulatiosankurbelung. Aber heute? Es muss einer mit Blindheit geschlagen sein, wenn er behauptet, das Geld trete zuwenig in Umlauf, es werde gehortet! Seit 50 Jahren ist einiges nämlich passiert: Die Finanzierungskanäle aller Art haben sich intensiviert in unerhörtem Masse; durch die flexiblen Wechselkurse und die freie Austauschbarkeit der Währung ist ein Weltgeldmarkt entstanden, dessen grösstes Übel die zunehmende Geldumlaufgeschwindigkeit ist, die durch die elektronische Überweisung noch verzehnfacht wird. Unermessliche Kreditpyramiden werden aufgebeigt, national und international, und seit 15 Jahren bremsen die Notenbanken nach Kräften dieses Geldwachstum. Kurz, auch als Konjunkturtheorie ist die Freigeldlehre seit langem nicht mehr aktuell, und als Verteilungstheorie wirklichkeitsfremd, weil nicht der Zins, sondern zuerst der Produktionsmittelbesitz für die herrschende Ungerechtighkeit verantwortlich ist. Man muss einsehen, dass auch Theorien altern können.

Beat Kappeler